

Kriminelle Ausländer unerwünscht



Adrian Pulver,
SD-Zentral-
sekretär, Bern

In der Schweiz wird die Mehrheit der schweren Straftaten von Ausländern begangen. Bei den Einbrüchen beträgt die Quote 73%, bei Vergewaltigungen 61% und bei Tötungsdelikten 58%. Zudem haben 73% der Gefängnisinsassen keinen Schweizer Pass. Im Jahr 2014 konnten 57'304 Verurteilungen von Ausländern verzeichnet werden. Dem steht die Zahl von 42'289 straffälligen Schweizern gegenüber. Jeder Straftäter kostet den Steuerzahler enorme Summen, was sich bei den ausländischen Häftlingen auf einen Betrag von jährlich über 730 Millionen Franken beläuft. Allgemein stossen die Haftanstalten an ihre Kapazitätsgrenzen. Auch sind die Vollzugsbehörden überlastet. Am 28. Februar 2016 befindet das Schweizervolk über die sogenannte Volksinitiative «Für die Ausschaffung krimineller Ausländer (Durchsetzungsinitiative)». Das Begehren verlangt, dass aus-

POSTCODE

AZB 3001 Bern

ländische Staatsbürger, die schwere Verbrechen begangen haben, des Landes verwiesen werden. Zurzeit blicken wir in eine eher ungewisse Zukunft mit allfälligen gesellschaftlichen Umbrüchen. Die Anzahl der Asylgesuche und insbesondere auch der anerkannten Flüchtlinge, welche mitunter ein Teil der ständigen Wohnbevölkerung sind, hat sich seit einem Jahr vervielfacht. Somit wächst im Volk automatisch das Bedürfnis nach mehr Sicherheit vor Gewalt und Kriminalität. Eine Verschärfung der Gesetzgebung ist deshalb ein notwendiger Akt. Am 28. November 2010 wurde die Volksinitiative «Für die Ausschaffung krimineller Ausländer (Ausschaffungsinitiative)» vom Stimmvolk mit 53% Ja-Stimmen, bei einer Stimmbeteiligung von 52,6%, angenommen. Den vom Parlament ausgearbeiteten direkten Gegenvorschlag lehnten die Stimmbürger allerdings mit 54,2% ab.

Härtefallklausel ist Stein des Anstosses

Die Ausschaffungsinitiative wurde zwar am 20. März 2015 umgesetzt, jedoch nur in abgeschwächter Form. Der Bundesrat und das Parlament haben eine sogenannte Härtefallklausel, die sie damals schon mit ihrem Gegenvorschlag erfolglos durchsetzen wollten, eingefügt.

Mit der Härtefallklausel erhalten die Richter einen zu grossen Ermessensspielraum für eine Ausweisung, sodass fast jedes Urteil zum Härtefall erklärt wird und man von einer Ausschaffung absieht.



Die Mehrzahl der schwerwiegenden Kriminaldelikte wird von Ausländern begangen. Die Durchsetzungsinitiative schützt die Bevölkerung insbesondere auch vor Wiederholungstätern.

Wir laden Sie ein zur

**ordentlichen Mitgliederversammlung
(Frühlings-Versammlung) der SD Schweiz**

Samstag, 9. April 2016, 10.30 bis 15.30 Uhr

Restaurant «Dietiker», Alte Gasse 1, Suhr (AG)

Sämtliche SD-Mitglieder sind stimmberechtigt.

Die Parteileitung freut sich auf Sie!

Falls ein Landesverweis für einen entsprechenden Straftäter tatsächlich problematisch ist, so kann ihn das Gericht auch ohne diese Klausel vor einer Ausweisung verschonen. Diese Möglichkeit garantiert nicht zuletzt die Bundesverfassung. Die genannten Gründe für eine unzumutbare Rückführung in das jeweilige Heimatland sind et-

wa, dass die betreffende Person die Landessprache nicht mehr beherrscht, keine Verwandten mehr dort leben oder allgemeine Zukunftsperspektiven fehlen. **Hierbei muss man sich die Frage stellen, ob mit einer solchen Klausel nicht eher der Täter statt das Opfer ge-**

Fortsetzung Seite 2

**Keine Härtefallklausel zur Ausschaffung von kriminellen Ausländern!
Ja zur Durchsetzungsinitiative (Volksabstimmung vom 28. Februar 2016)!**

Kriminelle Ausländer unerwünscht

Fortsetzung von Seite 1

schützt wird. Von den Richtern werden die fadenscheinigsten Begründungen geltend gemacht. Als Antrag für eine erneute Korrektur hatte die SVP sodann eine Durchsetzungsinitiative zur ursprünglichen Ausschaffungsinitiative eingereicht. Mit diesem «Zweitbegehren» fordern die Initianten explizit, **dass lediglich Migranten, die in ihrer Heimat von Folter, Sklaverei oder Tod bedroht sind, nicht des Landes verwiesen werden können respektive ein Beschluss vorübergehend aufgeschoben würde.**

Ein Grossteil der Straftäter sind Kriminaltouristen und Asylbewerber. Allgemein weisen gewisse Nationalitäten eine überdurchschnittlich hohe Rate an schweren Delikten auf.

Rund 60% der verhafteten Täter verfügen über keine Aufenthaltsbewilligung. Diese könnten alle problemlos ausgewiesen werden, doch auch dies geschieht äusserst selten. **Während der letzten Jahre wurden durchschnittlich gerade einmal 500 straffällige Ausländer ausgeschafft.**

Secondos und Wiederholungstäter

Besonders die in der Schweiz geborenen Ausländer sollen gemäss den Gegnern der Initiative eine Sonderbehandlung erhalten. Das Instrument der Härtefallklausel soll die drohende Ausschaffung verhindern. Rot-grüne und bürgerlich-liberale Vertreter vergessen, **dass es sich hierbei immer noch um kriminelle Personen, welche eine ernsthafte Gefahr für die Öffentlichkeit darstellen, handelt.**

Ausserdem hätten diese Secondos längst die Möglichkeit gehabt, sich einbürgern zu lassen. Ein entsprechender Landesverweis ist lediglich die Folge einer seit Geburt gescheiterten Integration.

Bei Mord, Raub und Vergewaltigung wird der Täter ausgeschafft, auch wenn er nicht vorbestraft ist. Auch Wiederholungstäter, welche die öffentliche Ordnung und Sicherheit bedrohen (etwa einfache Körperverletzung, Raufhandel und Gewalt und Drohung gegen Behörden und Beamte), sollen das Land verlassen müssen. Die Durchsetzungsinitiative will, dass die Ausschaffung krimineller Ausländer detailliert in unsere Verfassung aufgenommen wird. Es handelt sich um einen ganzen Katalog von strafbaren Handlungen. Darin steht unter anderem geschrieben, **dass ein Wiederholungstäter, dessen letzte Verurteilung noch nicht 10 Jahre zurückliegt, ausgewiesen wird. Damit verbunden ist ein Einreiseverbot für 10 bis 20 Jahre, je nach Schwere des Verbrechens.**

Viele kriminelle Ausländer sind unbelehrbar und fahren mit ihren rechtswidrigen Tätigkeiten nach Verbüßung ihrer Strafen fort.

Sie bilden somit ein erhebliches Gefahrenpotenzial für die Bevölkerung und beschäftigen auch unsere Behörden in hohem Mass.

Des Weiteren belasten sie nach ihrer Freilassung meistens während längerer Zeit die Sozialhilfe oder die Invalidenversicherung (IV).

Die Rechtsstaatlichkeit ist gewährleistet

Die Gegner der Initiative betonen immer wieder, dass unser Rechtsstaat ausgehebelt würde. Auch Bundesrätin Simonetta Sommaruga sieht diesen in Gefahr. **Ein demokratischer Rechtsstaat wie die Schweiz kann jedoch durchaus Verfassungsbestimmungen wie die Ausweisung von kriminellen Ausländern beschliessen und durchführen.** Da werden skurrile Beispiele von unverhältnismässigen Ausschaffungen im Zusammenhang mit Bagatelldelikten erwähnt, um die Durchsetzungsinitiative zu diskreditieren. Ein weiteres Argument der Kritiker ist der Vorwurf einer Verletzung der Menschenrechte. Diese Aussage hört man seitens der rot-grünen Ideologen mit anhaltender Regelmässigkeit. **Das zwingende Völkerrecht bildet jedoch einen Teil unserer Verfassung und wird auch befolgt.** Bundesrätin Sommaruga befürchtet, dass bei automatischen Ausschaffungen das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU verletzt werden könnte. Damit werde sich das angespannte Verhältnis zur EU noch weiter zuspitzen. **Aufgrund der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative müsste dieses Abkommen aber ohnehin ersatzlos gekündigt werden.** Auch tadelt sie, dass diese Verschärfung unmenschlich sei, weil sie einen Grossteil der Bevölkerung zu Menschen zweiter Klasse degradiere.

Doch nur Ausländer, die gegen unsere Gesetze verstossen, sind von diesen neuen Bestimmungen betroffen. Jede Person, die sich gesetzeskonform verhält, hat nichts zu befürchten.

Die gegnerische Seite, bestehend aus Wirtschaftsvertretern, beinahe sämtlichen etablierten Parteien, Juristen, Künstlern und Schriftstellern, spart nicht mit den schlimmsten Horrorszenarien. Sie alle haben während der letzten Wochen viel Geld in ihre Propaganda investiert, um die Initiative zu sabotieren. **Es sind dieselben Kreise, welche auch die Rasa-Initiative lanciert und finanziert haben.**

Der Volkswille muss wieder hergestellt werden

Bei der momentan gültigen Gesetzgebung würden 4000 straffällige Ausländer ausgewiesen, bei Annahme der Durchsetzungsinitiative müssten mindestens 10'000 Straftäter unser Land verlassen. Dieser Entscheid hätte eine abschreckende Wirkung auf mögliche kriminelle Ausländer, die in die Schweiz einreisen möchten. Auch für andere Staaten Europas mit grenzüberschreitender Kriminalität wäre unser Beispiel ermutigend. Momentan wird in allen Medien heftig über diese Initiative gestritten. Es wird wohl mit einem knappen Ausgang zu rechnen sein, zumal die Initiativgegner ein Mehrfaches an finanziellen Mitteln aufwenden. In unserer Demokratie obliegt das letzte Wort immer noch dem Volk. **Dieses soll nun doch noch Anrecht auf die rechtmässige Umsetzung der ursprünglichen Ausschaffungsinitiative haben.**

Stellen wir den Volkswillen wieder her und stimmen Ja zur Durchsetzungsinitiative (Eidgenössische Volksabstimmung vom 28. Februar 2016).

Zweite Gotthardröhre – noch mehr Transitverkehr!

Der Gotthard-Strassentunnel wurde 1980 eröffnet und der damalige Bundesrat Hans Hürlimann versicherte in seiner Ansprache, **«dass dieser Tunnel niemals ein Korridor für den Schwerverkehr sein würde».** Im Jahr 1981 fuhren 171'000 Lastwagen durch den Gotthard, 1991 waren es bereits 603'000 und heute sind es schon 900'000, **wobei der Anteil des schweizerischen Güterverkehrs nur etwa 10% beträgt.** Im Jahr 1989 wurde der Verein Alpen-Initiative gegründet, um die Alpengebiete vor dem wachsenden Transitschwerverkehr zu schützen. Man

reichte die sogenannte Alpenschutz-Initiative ein. **1992 stimmte das Schweizervolk dem Bau der Eisenbahn-Alpentransversale mit 64% Ja-Stimmen zu.**

Zwei Entscheide für den Alpenschutz

Am 20. Februar 1994 wurde die Alpenschutz-Initiative mit 954'443 Stimmen (51,9%), von 19 der 26 Stände, angenommen und in der Bundesverfassung verankert. Die Vorlage verlangte, **dass unsere Alpen vor den negativen Auswirkungen des Transitverkehrs geschützt werden und man den alpenqueren-**

den Güterverkehr auf die Schiene verlagert.

Zudem verbot die Alpenschutz-Initiative eine Erhöhung der Lastwagenkapazität im Gotthard-Strassentunnel, die Höchstzahl wurde auf 650'000 festgelegt.

Um den Güterverkehr auf die Schiene zu verlagern, wurden verschiedene Linienführungen der Neuen Eisenbahn-Alpentransversale (NEAT) erwogen. Am 8. Februar 2004 wurde über den Gegenentwurf zur Volksinitiative «Avanti – für sichere und leistungsfähige

Autobahnen» abgestimmt. Dieser forderte die Erweiterung der Autobahnen Zürich – Bern und Lausanne – Genf auf sechs Spuren und den Bau einer zweiten Gotthardröhre. **Das Anliegen wurde mit 62,8% Nein-Stimmen abgelehnt, im Kanton Uri sogar mit 73,6% und im Wallis mit 72%.**

Damit zeigten die Stimmbürger bereits deutlich, dass sie keine zweite Gotthardröhre wollten!

Fortsetzung Seite 3

Neue Eisenbahn-Alpentransversale (NEAT)

Schon im Jahr 2007 konnte der erste Teil der Alpentransversale, der Lötschberg-Basistunnel (Länge: 34,6 km), mit Erfolg in Betrieb genommen werden. **Als Zweites folgt die Eröffnung des Gotthard-Basistunnels (von Erstfeld bis Biasca) am 1. Juni 2016.** Nach 17-jähriger Bauzeit ist nun der längste Eisenbahntunnel der Welt fertiggestellt. Er misst 57 km und ist ein Jahrhundertbauwerk der Technik. Die flache Anfahrt und die geschickte Routenwahl verkürzen die Strecke und erlauben höhere Fahrgeschwindigkeiten, bis zu 200 km/h. **Der Lastwagenverlad soll von Grenze zu Grenze (Basel – Chiasso) durchgehend erfolgen, um den Strassenverkehr auf der Nord-Süd-Achse zu entlasten und die einheimische Bevölkerung vor den schädlichen Abgasemissionen zu schützen.** Als letzter Teil wird der Ceneri-Basistunnel mit einer Länge von 15,4 km im Jahr 2020 in Betrieb genommen. Damit verkürzt sich die Reisezeit von Zürich, Basel und Bern in das Tessin um eine volle Stunde.

Mit der NEAT verfügen wir über eine sehr gute umweltverträgliche Alternative für den EU-Schwerverkehr.

Leider möchten die internationalen Transportunternehmen mehrheitlich lieber eine Strassentransversale als einen Eisenbahnverlad. Der Bundesrat liess verlauten, es fehle der EU an Akzeptanz für dieses System.

Sanierung und Sicherheit als Vorwand

Der Bau der NEAT verschlang 24 Milliarden Franken und wäre nach einer Annahme der zweiten Röhre eine sinnlose Geldverschwendung. Es droht ein Milliardenloch in der Bundeskasse und die fragile Gotthardregion würde mit noch mehr Schadstoffen belastet. Die nötige Sanierung der Gotthardröhre dient dem Bundesrat nur als Vorwand zum Bau einer zweiten Röhre. **Dies ist eine eindeutige Missachtung der Bundesverfassung, die den Bau eines weiteren Tunnels verbietet.**

Für die Zeit der Sanierung gibt es eine Lösung: Die Verlagerung des gesamten Güterverkehrs auf die



Mit einer zweiten Gotthardröhre würden weniger Güter auf die Schiene verlagert.

Schiene (NEAT) und die Durchführung der Reparaturarbeiten während der Nachtsperren.

Eine totale Sperrung von 140 Tagen ist nicht nötig und stellt nur eine weitere Drohung der Befürworter dar. Ausserdem gibt es genügend Ausweichmöglichkeiten wie die Achse Lötschberg-Simplon, den Grosse St.-Bernhard-Pass und den San-Bernardino-Pass. Ein wichtiges Argument der Befürworter ist die Sicherheit im Tunnel.

Sobald jedoch die Lastwagen auf der Schiene transportiert werden, ist der Gotthardtunnel für Personenwagen auch wieder sicherer, da nur wenige Lastwagen für die Durchfahrt eine Ausnahmebewilligung erhalten würden.

Bisher wurden die meisten Unfälle von solchen Transportfahrzeugen verursacht. **Von 1992 bis 2013 sind im Gotthardtunnel 23 Menschen tödlich verunglückt, davon 21 bei Unfällen mit Lastwagen.**

NEAT statt vierspurige Autobahn

Wenn die zweite Röhre vom Volk angenommen wird, **rechnet man mit einer Verdoppelung der Lastwagenkapazität.** Die zwei Röhren würden bald auf Druck der EU auf vier Spuren geöffnet, ohne dass wir uns auf den Alpenschutzartikel berufen könnten. Der Bundesrat verspricht uns zwar, es werde nach der Sanierung in jedem Tun-

nel nur eine Fahrspur geöffnet bleiben. Doch wer glaubt dieses Märchen noch? Die falschen Anreize würden noch mehr ausländische Speditionsfirmen anlocken und das Verkehrschaos würde sich weiter vergrössern.

Die Kantone Uri und Tessin leiden schon heute in beträchtlichem Masse unter dem Verkehrslärm und den Abgasen.

Im Landverkehrsabkommen (Bestandteil der bilateralen Verträge I) mit der EU verpflichtet sich die Schweiz, die NEAT zu bauen, um möglichst viele Güter auf die Eisenbahn zu verlagern. Jetzt ist die NEAT betriebsbereit und für die EU eine faire Chance, ihren enormen Warenaustausch abzuwickeln.

Sobald aber die zweite Röhre offen wäre, würden sich viele Transportfirmen für die Strassentunnel-Variante entscheiden und die NEAT wäre zu wenig ausgelastet.

Somit müssten die Einwohner des Reusstals mit einer noch grösseren Lastwagenflut rechnen, was wiederum eine weitere Zunahme der Umweltbelastung nach sich zöge.

Zu teuer und nicht nachhaltig

Eine zweite Röhre ist überflüssig und hat mit rund 3 Milliarden Franken eine immense Belastung des Bundesbudgets zur Folge. Es bestehen dringendere notwendige

Verkehrsprojekte, welche auf diese Weise finanziert werden könnten.

Die zweite Gotthardröhre begünstigt lediglich die europäische Lastwagen-Lobby und die Bauindustrie. Der Bundesrat will der EU, gegen unseren Willen und auf unsere Kosten, ein Opfer bringen, um seine Loyalität zu beweisen!

Der Bau des Gotthard-Eisenbahntunnels verschlang Milliarden und wäre bei der Annahme der zweiten Röhre eine sinnlose Geldverschwendung, die wir uns nicht leisten können. **Auch würde der Alpenschutzartikel in unserer Verfassung ignoriert. Wieder einmal will der Bundesrat einen Volksentscheid nicht durchsetzen!** Wir sind nicht verantwortlich für den ständig wachsenden EU-Warentransit, den wir mit der Zerstörung unserer Alpengebiete bezahlen. Wir haben aus diesen Gründen die NEAT gebaut und bieten damit den EU-Ländern eine akzeptable Lösung an.

Deshalb sagen die Schweizer Demokraten (SD) mit vollster Überzeugung Nein zu einer zweiten Gotthardröhre (Eidgenössische Volksabstimmung vom 28. Februar 2016)!

*Margrit Neukomm, Mitglied
Parteilung der SD Schweiz,
Bern*

Stoppen wir die stetig zunehmende Lastwagenflut und sichern die Verlagerungspolitik auf der Basis des Alpenschutzartikels! Nein zur zweiten Gotthardröhre (Volksabstimmung vom 28. Februar 2016)!

Bundesrat Schneider-Ammann – «Minister lustlos»

Unter dem nicht gerade schmeichelhaften Titel «Minister lustlos» brachte ein Redaktor in einer Ausgabe der Aargauer Zeitung einen fast zweiseitigen Artikel über diesen «Landesvater». Das Lead zu diesem Artikel war bereits vielsagend (wörtlich wiedergegeben): «Johann Schneider-Ammann wird von seinen Bundesratskollegen gezwungen, die flankierenden Massnahmen zu stärken, auch wenn ihm das sichtlich zuwider ist. Schneider-Ammann glaubt: Der beste Wirtschaftsminister ist jener, der nichts tut.» (Ende der wörtlichen Wiedergabe des Leads.)

Einige «Rosinen» aus dem nachfolgenden Text (Die Sätze zwischen Anführungszeichen standen wörtlich in dieser Weise in der Aargauer Zeitung: «Johann Schneider-Ammann hatte am frühen Freitagabend zur letzten bundesrätlichen Pressekonferenz des Jahres geladen ... Es war eine Medienkonferenz, wie sie typisch ist für Schneider-Ammann. Mühselig reihte er Satz an Satz, ohne irgendetwas zu



Bundesrat Schneider-Ammann wirkt bei seinen Auftritten oftmals lustlos und schwerfällig.

sagen, was bemerkenswert wäre. Nicht zum ersten Mal fragte man sich: Wieso informiert er, wenn es nichts zu informieren gibt?»

Und ein letztes Müsterchen dieses «famosen» Bundesrats: «Ich verhehle nicht, dass ich immer wieder die Position eines langjährigen Un-

ternehmers einnehme, der sich primär folgende Frage stellt: Was braucht es, damit Investoren hier investieren und nicht anderswo?»

Bundesrat für Unternehmer

Nach meiner unmassgeblichen Meinung besteht die primäre Auf-

gabe eines Bundesrats darin, die Interessen der gesamten Schweizer Bevölkerung zu vertreten und nicht nur seine eigenen und die seiner Freunde in Unternehmerkreisen.

Aber eben – wenn man einen Unternehmer in den Bundesrat wählt, ist dies die logische Folge. Denn dieser will doch nach seinem Rücktritt aus dem Bundesrat ja schliesslich sein Unternehmen weiterführen, und zwar möglichst noch erfolgreicher als vor seinem «Abstecher» im Bundesrat.

Bundesräte wie Schneider-Ammann braucht das Schweizer Volk wirklich nicht.

Es ist schade, dass man Bundesräte nicht transferieren kann (wie im Fussball). Dann könnte man ihn nach Brüssel an die EU abgeben; dort wäre er vielleicht noch zu gebrauchen.

*Dr. Dragan Najman,
e. Grossrat, Baden*

Abstimmungsparolen zum Urnengang vom 28. Februar 2016

Die ordentliche schweizerische Herbstversammlung der Schweizer Demokraten (SD) hat folgende Parolen für die eidgenössischen Abstimmungen vom 28. Januar 2016 beschlossen:

Ja zur Volksinitiative «Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln!»

Die Initiative will spekulative Finanzgeschäfte, welche sich auf Agrarrohstoffe oder Nahrungsmittel beziehen, vollumfänglich verbieten. Davon betroffen wären Finanzinstitute und Versicherungen mit Sitz oder Niederlassung in der Schweiz sowie auch Privatpersonen. Geschäfte mit spezifischen Finanzinstrumenten zum Ausgleich realer Schwankungen zwischen Angebot und Nachfrage sind weiterhin möglich. Jedoch existiert ein rein spekulativer Handel mit

denselben produktbezogenen Derivaten, sodass die Dynamik solcher Käufe die Lebensmittelpreise exorbitant ansteigen lassen kann.

Gemäss wissenschaftlichen Studien hängen 60 bis 70 Prozent aller Preisänderungen mit den Aktivitäten der Spekulanten zusammen.

Folglich können sich die Menschen in den Entwicklungsländern die verteuerten Nahrungsmittel nicht mehr leisten. Hunger und Armut wiederum erzeugen in den Industriestaaten wie der Schweiz weitere Migrationswellen. Für die Schweizer Demokraten (SD) stellen solche Börsengeschäfte einen Exzess der deregulierten Weltwirtschaft dar.

Etliche Finanzdienstleister und Pensionskassen verzichten bereits heute auf diese Spekulationsgeschäfte.

Entsprechende Massnahmen wie in anderen Ländern sind ohne weiteres realisierbar, weshalb die SD die Ja-Parole gefasst haben.

Ja zur Volksinitiative «Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe»

Die Initiative verlangt, dass bei der direkten Bundessteuer sämtliche Benachteiligungen von Ehepaaren gegenüber unverheirateten Konkubinatspaaren aufgehoben werden. Zurzeit betrifft dies etwa 80'000 Zweiverdienerhepaare und zahlreiche verheiratete Rentnerpaare. Für diese Diskrepanz auszugleichen, stehen zwei mögliche Berechnungsvarianten zur Verfügung, wobei der Initiativtext deren Wahl offen lässt. Dabei ziehen die Schweizer Demokraten (SD) die sogenannte alternative Steuerberechnung vor, zumal dieses Modell die tiefsten Steuerausfälle zur Folge hätte. Des Weiteren sieht das Begehren ebenfalls eine Anpas-

sung bei den Sozialversicherungen vor.

Ein unverheiratetes Paar erhält zwei volle AHV-Renten (200%), ein Ehepaar muss sich dagegen mit einer plafonierten Rente (höchstens 150%) begnügen.

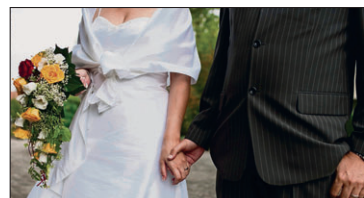
86% aller verheirateten Paare werden hierbei diskriminiert, wobei Zusatzleistungen für Witwen und Witwer nur bei einem Todesfall eine kompensierende Wirkung aufweisen. Die steuerliche Gleichstellung der Zivilstände (Abschaffung der Heiratsstrafe) erachten die SD als erstrebenswert, sodass zur Vorlage die Ja-Parole gefasst wurde.

Des Weiteren sagen die SD Ja zur Volksinitiative «Zur Durchsetzung der Ausschaffung krimineller Ausländer (Durchsetzungsinitiative)» und Nein zur Änderung des Bundesgesetzes über den Strassentransitverkehr im Alpengebiet (Sanierung Gotthard-Strassentunnel).

*Herbstversammlung der
SD Schweiz*



Spekulation mit Nahrungsmitteln schafft keinen wirtschaftlichen Mehrwert!



Verheiratete Paare sollen nicht diskriminiert werden!

Am 9. April 2016 findet im Restaurant «Dietiker» in Suhr (Veranstaltungshinweise auf Seite 5) die nächste schweizerische Mitgliederversammlung statt. Sämtliche SD-Mitglieder sind herzlich eingeladen.

Die Schande von Köln

Die grösste Gefahr für Deutschland (und bald auch für die Schweiz?) sehe ich – nicht erst seit der «Massengrabscherei» und den sexuellen Übergriffen in der besagten Silvesternacht – **zum einen in der freien, in grosser Zahl unkontrollierten Einreise von einer Million Migranten.** Diese Zuwanderung setzt sich jährlich zahlenmässig solange fort, als die Bundeskanzlerin, Frau Angela Merkel, weiter eigenmächtig die von ihr bediente «Einwanderungsampel» auf Grün stehen lassen will, was Deutschland massiv überfordern und im Volk grosse Gräben aufreissen wird.

Zum anderen liegt das Problem bei den finanzstarken grossen Medienhäusern, deren Angestellte, sprich Journalisten und Moderatoren, aus persönlicher ideologischer Gesinnung eine Politik für die unbeschränkte Aufnahme von Asylbewerbern und anderen Migranten vertreten.

In diesen Redaktionsstuben werden eifrig schöngefärbte massgeschneiderte Artikel verfasst; viele auch von Gastautoren zugestellt. Negative Ereignisse als Folge der Einwanderungspolitik von Frau Merkel, generell was deren Multikulti-Philosophie betrifft, **werden zensuriert und gefiltert, oder man lässt die Bürger erst Tage später vom Negativen wissen, wenn darüber im Internet oder in der Lokalpresse längst zuvor schon berichtet worden ist.**

Viele Einzelstraftaten, sexuelle Übergriffe, Gruppenrandale in Asylunterkünften, selbst schwere Körperverletzungen, werden von der Polizei, strengstens von oben angeordnet, erst gar nicht nach aussen kommuniziert.



Demonstrationen gegen Frauengewalt – das deutsche Volk realisiert allmählich die Konsequenzen einer grenzenlosen Multikultur!

Es brauchte schon eine bisher nie gekannte neue Dimension der Frauenjagd mit über 500 Anzeigen von Opfern, bis sich die Ordnungshüter häppchenweise dazu überwindeten, die Öffentlichkeit zu informieren.

Entschlossene Männer mit Siegerposen

Wer mit dem scharfen Auge des neutralen Beobachters und Menschenkenners die Pressebilder sowie Videoclips über die kilometerlangen Migrationsströme auf der Balkanroute letzten Herbst näher studiert hatte, **sah klar und deutlich über 80 Prozent junge Männer im Alter von 18 bis 35 Jahren, deren Gesichter gar nicht geknickt, müde und erschöpft wirkten, wie uns fäglich pauschal von den Medien eingehämmert wurde. Vielmehr waren die männlichen**

Flüchtlinge hellwach, fit, hart und entschlossen. Tausende von ihnen zeigten immer wieder das berühmte Victory-Zeichen (erfundene Geste des ehemaligen britischen Premierministers Winston Churchill), wenn sie auf ihrem Weg wiederum eine Barriere überwunden hatten. Mit dieser Geste zogen sie auch in Passau, Rosenheim und München ein. «Wir schaffen das», sagte Bundeskanzlerin Merkel voller Überzeugung.

Die Zugewanderten haben es bereits geschafft! Sie sind nun im gelobten Deutschland. Und da wollen und werden sie auch bleiben, sich ausbreiten – was immer auch kommen mag.

Welche Bedeutung die tausendfach ausgestreckten Victory-Siegerzeichen ausdrücken sollen,

werden wir noch sehen und erleben. Eine erste Kost- respektive Kraftprobe erlebte schon einmal Köln. Die Träger der Willkommensplakate mit der Aufschrift «Welcome to Germany» werden sich noch die Augen reiben. Wenn jetzt, nach den Vorfällen von Köln und anderen Grossstädten in Deutschland, eine Mehrheit der Deutschen nicht endlich aufwacht und realisiert, wohin sie die etablierten Parteien, mit Kanzlerin Merkel an der Spitze, die gewichtigen Medien und der bedeutende Wirtschaftszweig der Asylorganisationen sowie ein Teil der Lehrerschaft gelenkt und gesteuert haben, **wird sich das bevölkerungsreichste Land Europas zum grössten strategischen Stützpunkt der islamischen Welt in der EU entwickeln.**

Marcel Frutiger, Zürich

Veranstaltungshinweise der SD-Sektionen



SD Schweiz: Ordentliche Mitgliederversammlung (Frühlings-Versammlung), Samstag, 9. April 2016, 10.30 bis 15.00 Uhr, Restaurant «Dietiker», Alte Gasse 1, 5034 Suhr.



SD Kanton Bern: Ordentliche Mitgliederversammlung, Dienstag, 12. April 2016, um 19.00 Uhr, Restaurant «Jäger», Murtenstrasse 221, Bern-Bethlehem.

SD Stadt Bern: Höck (Bei Vorstandssitzungen sind Gäste stets eingela-

den!) im Restaurant «Jäger», Murtenstrasse 221, Bern-Bethlehem. Postauto Nr. 101, Haltestelle Untermattweg (von dort ca. 1 Minute zu Fuss). Oder Tram Nr. 8 Richtung Brünen-Westside, Haltestelle Säge (von dort etwa 5 Minuten zu Fuss). Jeden letzten Dienstag im Monat ab 20 Uhr. Infos über Tel. 031 974 20 10.

Berner Oberland: Hauptversammlung, Samstag, 19. März 2016, um 18.00 Uhr. Die kompletten Informationen zum Anlass werden Ende Februar zugestellt.

Höck im Hotel «Milan» in Ringgenberg. Jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20 Uhr. Weitere Infos über Tel. 033 822 68 62.



Luzern-Innerschweiz:

Höck im Bistro «Spatz», Obergrundstrasse 103, Luzern. Jeweils am letzten Mittwoch im Monat ab 20 Uhr (ausser im August und Dezember). Es ist immer jemand da! Bus-Nr. 1, 11, 20 ab Luzern Bahnhof bis Haltestelle Eichhof. Infos über Tel. 076 416 17 00.



Kantonalsektion St. Gallen: Stamm am Mittwoch, 2. März 2016, ab 19.30 Uhr im Restaurant «Dufour» am östlichen Ende des St. Galler Hauptbahnhofs. Weitere Infos über Tel. 079 639 06 07, abends.



Bezirk Baden und Umgebung: Stamm im Hotel «Winkelried», Landstr. 36, Wettingen. Jeden 1. Dienstag im Monat ab 20 Uhr. Weitere Infos über Tel. 056 222 68 72.

Unhaltbare Verharmlosung von Cannabis

Immer wieder werden Cannabis-Produkte verharmlost. Cannabis ist unter anderem in Marihuana und Haschisch enthalten. Der stärkste Wirkstoff aller Cannabis-Produkte ist das Delta-9-Tetrahydrocannabinol, kurz THC genannt. In der Broschüre «Drogenkonzept» der Schweizer Demokraten (1. Auflage 1991) sind unter dem Stichwort «Haschisch» eine Anzahl wissenschaftlicher Untersuchungen aufgeführt, **welche die Gefährlichkeit von Cannabis-Produkten deutlich dokumentieren.**

Wissenschaftliche Untersuchungen

THC wirkt sich unter anderem auf das Kleinhirn aus. Folgen davon sind psychische Wirkungen wie Gedächtnis-, Konzentrations-, Motivations-, Gefühls- und Verhaltensstörungen (Frau Prof. Volkow, Brookhaven National Laboratory, Upton, USA).

Eine signifikante Schwächung des Kurzzeitgedächtnisses wurde festgestellt, die sich nach einer kontrolliert drogenfreien Zeit von sechs Wochen nur teilweise erholt hatte (Prof. Schwarz, Georgetown University, Washington D.C., USA). 24 Stunden nach dem Rauchen einer Haschischzigarette führten Piloten im Flugsimulator ein Landemöver durch. **Dabei verfehlten sie das Zentrum der Landepiste**



Der Konsum von Cannabis-Produkten (Bild: Marihuana) kann durchaus schwerwiegende Folgen haben.

im Durchschnitt um das Doppelte des in nüchternem Zustand erreichten Wertes. Alarmierend ist, dass auch Bruchlandungen vorkommen.

In deutlichem Gegensatz dazu fühlten sich die Piloten subjektiv voll leistungsfähig und registrierten ihre Fehler nicht – zum Glück

nur im Simulator (P. Bensinger, ehemaliger Direktor der United States Drug Enforcement Administration).

Durch Cannabis ausgelöste Psychosen sind der Schizophrenie so ähnlich, dass sie zuweilen kaum voneinander unterschieden wer-

den können (Prof. Täschner, Universität Tübingen, Deutschland).

Das ist nur eine kleine Auswahl der in der Broschüre «Drogenkonzept» aufgeführten wissenschaftlichen Untersuchungen.

SD-Redaktion

Bundeskanzlerin Merkel: Sehnsucht zum Untergang

Der Aufruf von Frau Merkel hat eine regelrechte Völkerwanderung aus dem Mittleren Osten ausgelöst, die nun ungebremst nach Europa hineinströmt und nicht nur in absehbarer Zeit zu einem Zusammenbruch der deutschen Infrastruktur führen dürfte, sondern Deutschland wirtschaftlich, politisch und kulturell sehr bald überfordern wird. Wegen dieser Perspektive gleicht der Aufruf beinahe einem Vorsingen zum kollektiven Untergang und personifiziert einen Drang zur Apokalypse Deutschlands. Dieser Drang zum Untergang erscheint für eine Kulturnation, wie es die Deutschen nun einmal sind, zunächst nicht erklärbar.

Erst eine Auseinandersetzung mit der deutschen Philosophie des 19. Jahrhunderts lassen Ansätze für eine Deutung dieses beinahe kollektiven Selbstmordes erkennen.

Zu diesen Philosophen gehört namentlich Arthur Schopenhauer (1788–1860), **der offenbar beeinflusst durch die damaligen Vorstellungen über den Buddhismus keinen Hehl aus seiner Verachtung für die Welt und insbesondere der Frauen machte.** So bekundete er in seiner «Metaphysik der Geschlechtsliebe» in folgenden Sätzen eine tiefe Verachtung für

das weibliche Geschlecht¹: «...wobei die dem Intellekt durch künstliche Mittel nachhelfen wollen, eben wie vorkommenden Falls den Hüften und Busen...» Offenbar beeinflusst durch die Schriften von Schopenhauer, aber auch des Buddhismus, **hat Richard Wagner (1813–1883) dessen Thesen in seiner eigenen Philosophie aufgegriffen und in seinen Briefen beinahe gleichlautende Äusserungen verfasst, die sich in einer These zusammenfassen lassen.**² **Erst durch den Tod erfolgen die Erlösung und das Aufgehen ins Universum.**

Diese Sehnsucht nach dem Untergang könnte sehr bald in den zu

erwartenden Folgen der durch den Aufruf von Frau Merkel ausgelösten Völkerwanderung Wirklichkeit werden.

Allerdings könnten deren Auswirkungen nicht nur auf Deutschland beschränkt bleiben, **sondern das gesamte Abendland in den kollektiven Untergang treiben und damit dessen Kultur auslöschen.**

Prof. Dr. Albert A. Stahel,
e. Gemeinderat, Wädenswil

¹ Schopenhauer, A., Die Welt als Wille und Vorstellung II, Zweiter Band, Zweiter Teilband, Könenmann, Köln, 1997, S. 723.

² The Philosophy of Richard Wagner, blog at WorldPress.

Die gewaltsamen Übergriffe auf Frauen in deutschen (und schweizerischen) Städten beweisen, dass eine grenzenlose Multikultur nicht funktionieren kann.

La Suisse sera leur tombeau

Pour s'en convaincre, il suffit de consulter chaque jour les rubriques nécrologiques des quotidiens. En effet, il fut un temps où, enrichissement réalisé, les immigrés retournaient chez eux. Désormais, ils construisent leur maison ici. Leurs enfants, naturalisés, effectueront leurs études et leur carrière en Suisse. On appelle cela l'intégration. Mais qui n'existe pas, hormis, au plus, pour certains ressortissants des pays limitrophes (Autriche, Allemagne; c'est déjà plus difficile en ce qui concerne la France). **Et nous ne parlons même pas, alors qu'on ne fait que ça, des prétendus réfugiés (en fait, des migrants) qui déferlent tous azimuts aujourd'hui sur le continent.**

L'Allemagne, à bout de souffle, en accueille plus d'un million en 2015. La Suède – qui a passé le cap des 20% d'immigrés! – 120'000 en 2014, 150'000 en 2015, combien cette année? Ces pays découvrent, seulement maintenant joyeusetés et autres mignardises du multiculturalisme et les conséquences tragiques (viols, déprédations, agressions, pillage des œuvres sociales etc...) de l'installation en force de populations aux mœurs et à la culture inassimilables.

Les crimes perpétrés à Cologne, notamment, dans la nuit du Nouvel-An en disent long sur les effets de l'immigration méridionale.

Même à Zurich où une demi-douzaine de femmes ont déposé plainte le 31 pour attouchements contre des hommes à la peau sombre! Jus-



Encore de la place pour les suisses dans les cimetières?

qu'au socialiste Levrat qui en souhaite 10 fois plus, soit 800'000 environ. Comment en est-on arrivé là?

Le coupable c'est le sacro-saint mythe de la croissance, cette idéologie de mort.

Suicidaire fuite en avant engendrée par «Economie Suisse» et l'ensemble des organisations patronales, relayées par les mondialistes de tout poil.

En effet, pour faire marcher le tiroir-caisse, il faut impérativement créer des places de travail afin de relancer la consommation et ainsi de suite... 150'000 (chiffre brut) immigrés supplémentaires chaque année constituent cette manne inespérée. Ceux-ci abandonnent (c'est un euphémisme) leur pays pour des raisons basement matérielles et viennent accentuer cette croissance autodestructrice que nous connaissons si bien ici et qu'ailleurs on constate aujourd'hui...

Face à ce péril, des pays, la Hongrie en particulier, prennent résolument les choses en main et appliquent des mesures drastiques, en fermant purement et simplement

leurs frontières. D'autres les imiteront, c'est certain, au grand désespoir des Juncker, Merkel, Reding et Cie...

Les États-Unis le font depuis longtemps avec le Mexique sans que cela bouleverse particulièrement les bonnes consciences humanitaristes. Quant au Proche-Orient... La Suisse, elle, pratique avec constance cette activité immigrationniste suicidaire. A cet égard, rappelons quelques chiffres. Le canton de Vaud recense 32% d'étrangers et 40% naturalisés compris, donc 60% de confédérés, c'est-à-dire 30% de vaudois d'origine désormais minoritaires dans leur propre canton!

A Genève (282 km²), canton qui vient de passer le cap des 500'000 habitants (1773 hab. au km²), ne survivent que 2% de genevois d'origine, soit 10'000 personnes. C'est un record toutes catégories! Bravo et vive la mort!

Précisons encore que toutes les villes importantes de Suisse romande recensent 45 à 50% d'étrangers, naturalisés non compris!

Pour terminer (cerise sur le gâteau), nous venons de recevoir le communiqué suivant quant à la nouvelle composition de la Commission fédérale des migrations: «(...) La CFM compte au total 30 membres, élus pour une durée de mandat allant de 2016 à 2019. Lors de l'élection des membres, l'on a veillé à une représentation équitable des sexes et des régions linguistiques. **Une bonne moitié des membres connaît l'immigration pour l'avoir vécue (ils sont donc juges ET parties, PMV).** Au vu de la situation tendue régnant dans le domaine des réfugiés, le choix des membres a été aussi déterminé par leurs connaissances spécifiques et leur expérience en matière d'asile.» Et le communiqué d'ajouter que la Commission, instituée le 1er janvier 2008 et issue de l'ancienne Commission fédérale des étrangers CFE et de la Commission fédérale des réfugiés CFR, conseille le Conseil fédéral et l'administration dans les questions ayant trait à la migration, encourage la cohésion sociale en soutenant des projets et publie des rapports, des prises de position et des recommandations. Ce pays persiste et signe.

Signe son arrêt de mort et sera emporté corps et âme par la déferlante immigrationniste qu'il avait si obstinément appelé de ses vœux!

Pierre-Maurice Vernay, Secrétaire des DS Vaud, Remaufens

«La bêtise humaine est la seule chose qui donne une idée de l'infini.» Ernest Renan, (1823–1892).

Canton de Vaud:

Elections communales 2016

Lausanne: Le candidat pour la municipalité, liste no 07

Dupont Bruno, aide de cuisine

Les candidats pour le conseil communal, liste no 06

06.01 Henry Raphaël, CE

06.02 Henry Sabrina, employée de commerce

06.03 Jaques Stéphane, gestionnaire

06.04 Waeber Louis-Joseph, employé de commerce

06.05 Pinato Grecia, secrétaire médicale

06.06 Radojkovic Zora, vendeuse

06.07 Bianchi Nicole, secrétaire

06.08 Borloz Bernard, retraité

06.09 Forclaz Antoinette, ancienne conseillère communale

06.10 Laidet Michel, cuisinier

06.11 Gays Danielle, mère au foyer

06.12 Pahud Jean, retraité

06.13 Dépraz Marie, retraitée

06.14 Meylan René, paysagiste

06.15 Wohnrau Gérald, architecte

06.16 Raymond Daniel, cuisinier

06.17 Castella Marcel, retraité

06.18 Castella Luce, retraitée

06.19 Rodriguez Chantal, retraitée

Blonay: Le candidat pour le conseil communal, liste no 05

05.01 Friederich Fabien, indépendant

comité DS Vaud

Communication importante

Prière instante d'adresser toute la correspondance et toutes les demandes de renseignements à l'adresse suivante: Démocrates Suisses (Vaud)-Action Nationale, case postale 437, 1001 Lausanne. La case postale CP Action Nationale – 1000 Lausanne – est actuellement utilisée à notre insu. La correspondance reçue en relation avec cette adresse ne reflète pas la position officielle de notre parti. *comité DS Vaud*

Offizielles Organ der
Schweizer
Demokraten **SD** 

SD-Zentralsekretariat
Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)
www.schweizer-demokraten.ch
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Redaktion

Schweizer Demokrat
Postfach 8116
3001 Bern

Redaktoren:

Adrian Pulver,
SD-Geschäftsführer, Bern (CR)
Rudolf Keller, e. Nationalrat/
e. Landrat, Frenkendorf
Dr. D. J. Najman, e. Grossrat, Baden
Valentin J. Oehen, e. Nationalrat,
Nottwil
Margrit Neukomm, Bern

**Stärken Sie die
Schweizer Demokraten
durch Ihre Mitgliedschaft!**

Abonnement

SCHWEIZER DEMOKRAT
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der
Schweizer Demokraten (SD)
werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung
- Ex. SD-Zeitungen zum
Verteilen

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Höchstzahl für Asylbewerber unabdingbar

Österreich mit 8,5 Millionen Einwohnern hat letztes Jahr 90'000 Flüchtlinge aufgenommen und stösst dabei an seine Grenzen. **Obwohl der Ausländeranteil erst 12,8% beträgt, hat die Regierung beschlossen, eine Höchstzahl von Asylbewerbern für das Jahr 2016 festzulegen. Es dürfen demnach nicht mehr als 37'500 neue Asylsuchende einreisen.** Allgemein werden neue Massnahmen geplant, um die Asylzahlen zu senken. So erweitert man die Liste der sicheren Herkunftsländer um Marokko, Tunesien, Algerien, Ghana, Georgien und die Mongolei. Ausgebaut werden auch die Anreize zur freiwilligen Ausreise und die Rückreiseberatung. **Mit den betreffenden Heimatländern sollen die Verantwortlichen Rückführungsabkommen abschliessen, schnellere Verfahren einführen und zusätzliche Ausschaffungsflüge organisieren.** Dazu werden die Hercules-Flugzeuge des Bundesheeres eingesetzt.

Bis 2019 wollen die Österreicher mindestens 50'000 Asylananten zurückführen.

Schweden verschärft seine Asylpolitik

Auch Schweden, das Land mit der bisher liberalsten Flüchtlingspolitik, schränkt jetzt das Asylrecht drastisch ein. **Im Jahr 2015 sind 163'000 Asylsuchende nach Schweden eingereist.** Nachdem Dänemark und Norwegen ihre Gesetze verschärft hatten, wurde der Zustrom noch grösser. Angesichts solcher Zahlen fühlt sich Schweden von der EU im Stich gelassen und setzt nun neue Bestimmungen durch:

Es werden nur noch befristete Aufenthaltsbewilligungen für Asylsuchende erteilt, den Familiennachzug schränkt man ein und seit letzten November werden die Grenzen kontrolliert. Auch in Bussen, Bahnen und Fähren werden die Pässe konsequent überprüft.

Während der nächsten Jahre plant die Regierung Schwedens bis zu 80'000 abgelehnte Asylsuchende zurückzuführen, nötigenfalls sollen sie auch unter Zwang abgeschoben werden.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg bereitet sich schon auf eine Beschwerdeklage von Migranten vor. Zwar untersagt der EGMR Massenausschaffungen, aber Einzelfall-Entscheidungen nicht. **Es gebe kein Grundrecht auf Verbleib in einem Land.**

Weitere Massnahmen erforderlich

Die EU-Länder sind zunehmend mit der Flüchtlingsflut überfordert. Die wenigsten Staaten halten sich noch an das Schengen/Dublin-Abkommen und lassen die Migranten einfach ungehindert und unkontrolliert weiterreisen.

Die EU sollte nun endlich eine tragbare Lösung für alle Beteiligten finden, zum Beispiel die EU-Aussengrenzen sichern und gemeinsam finanzierte Flüchtlingslager bereitstellen.

Im letzten Jahr kamen 1,4 Millionen Flüchtlinge nach Europa (allein eine Million nach Deutschland), im 2016 wird die Zahl nochmals zunehmen. Weitere

Länder wie Ungarn, Slowenien und Mazedonien schliessen ihre Grenzen. Sobald Österreich seine Aufnahme-grenze erreicht hat, ist zu erwarten, **dass eine wachsende Anzahl von Flüchtlingen den Weg in die Schweiz antritt.** Natürlich werden sie von Bundesrätin Simonetta Sommaruga willkommen ge-heissen, obwohl wir kaum mehr wissen, wo wir diese Menschenmassen unterbringen sollen.

Die Mehrheit unserer Bevölkerung ist für die Wiedereinführung von Grenzkontrollen.

Aufnahmekapazität erreicht

Wäre es nicht besser für die Schweiz, wie Österreich, ebenfalls eine Höchstzahl festzulegen? **Letztes Jahr haben wir 39'523 Flüchtlinge aufgenommen. Sogar Bundespräsident Johann Niklaus Schneider-Ammann sagte anlässlich seines Besuches in Österreich, dass auch bei uns die Aufnahmekapazität erreicht sei.** Doch er versichert, dass für den Bundesrat eine Höchstgrenze kein Thema sei! Sobald der Frühling kommt, werden sich riesige Migrantenströme Richtung Europa bewegen. Vermehrt versuchen auch Afrikaner aus nicht asylberechtigten Ländern, ihre Chance zu ergreifen.

Wenn bekannt wird, dass die Schweiz ihre Aufnahme einschränkt, kommen automatisch weniger Personen.

Das müsste jedoch rasch geschehen, damit es alle Migranten und vor allem die Schlepper rechtzeitig erfahren.

SD-Redaktion

Das Testament – Die letztwillige Verfügung

Liebe Mitglieder, Gönner und Sympathisanten

Wie andere Vereine und Parteien auch, sind wir auf grössere Zuwendungen lebensnotwendig angewiesen. Spenden helfen uns weiter! Aber leider reichen diese nicht aus, um unseren Finanzbedarf zu decken. Wir gehen sehr sparsam und sorgfältig mit dem gespendeten Geld um. Ausser drei Personen (dem vollamtlich angestellten Zentralsekretär und zwei Leuten, welche nebenberuflich wichtige Arbeiten für uns erledigen) bezieht niemand bei uns Geld. Auch beispielsweise der Zentralpräsident und die Kantonalpräsidenten arbeiten bei uns ehrenamtlich. Nur so können wir unseren politischen Kampf überhaupt weiterführen.

Uns helfen auch Beträge, welche aus testamentarischen Verfügungen kommen. Überlegen Sie sich deshalb, ob Sie uns auf diesem Wege unterstützen können! Sie helfen so uns als Partei – aber vor allem tun Sie damit etwas für Volk und Heimat! Sie leisten also Hilfe für einen guten Zweck, eine gute Sache.

Deshalb: Haben Sie also auch schon daran gedacht, die **SCHWEIZER DEMOKRATEN** in Ihrem Testament zu berücksichtigen? Haben Sie Fragen über Formalitäten und Abfassung? Unser Zentralsekretariat berät Sie gerne kostenlos:

Schweizer Demokraten SD, Postfach 8116, 3001 Bern, Tel. 031 974 20 10, schweizer-demokraten@bluewin.ch

Sie können sich auch an folgende Person wenden: Rudolf Keller, Adlerfeldstr. 29, 4402 Frenkendorf, rudolf.keller@bluewin.ch